

Die Perspektive der Lohnabhängigen und der DGB-Gewerkschaften in der organischen Krise des deutschen Wirtschafts- und Sozialmodells

Die gegenwärtige Krise des deutschen Wirtschaftsmodells ist mehr als eine konjunkturelle Schwächephase. Sie verbindet die Erosion des exportorientierten Akkumulationsmodells mit einer Krise gesellschaftlicher Integration, einer verschärften Verteilungskonkurrenz und politischen Auseinandersetzungen um den Sozialstaat. Im Anschluss an Antonio Gramsci lässt sich diese Konstellation als organische Krise eines historischen Blocks interpretieren: Die bisherigen ökonomischen, sozialen und politischen Kompromisse verlieren Bindekraft, während sich noch kein neuer stabiler Entwicklungsmodus herausgebildet hat. Für die Gewerkschaften des DGB stellt sich deshalb nicht nur die Frage nach einzelnen Tarifaabschlüssen, sondern nach ihrer Rolle bei der Herausbildung eines neuen gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses.

1. Organische Krise des historischen Blocks

Der historische Block der Bundesrepublik beruhte nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst auf einer fordistisch-sozialstaatlichen Verbindung von Produktivitätsfortschritt, Massenkonsum, Tarifautonomie, Mitbestimmung und Ausbau sozialer Sicherung. Seit den 1980er und 1990er Jahren wurde dieser Kompromiss durch einen stärker neoliberalen und exportorientierten Block abgelöst: Lohnzurückhaltung, Deregulierung, Privatisierung, Finanzialisierung und eine stärkere Orientierung auf internationale Wettbewerbsfähigkeit gewannen an Gewicht. Die Agenda-Politik der frühen 2000er Jahre war ein markanter institutioneller Ausdruck dieser Verschiebung. Christoph Butterwegge beschreibt diese Entwicklung als langfristigen Umbau des Wohlfahrtsstaates, in dem soziale Rechte stärker unter Finanzierungs-, Wettbewerbs- und Aktivierungsdruck geraten (Butterwegge 2018). (Gramsci 1991–2002).

Heute gerät auch dieser neoliberal-exportorientierte Block in eine Hegemoniekrise. Nach den Rezessionsjahren 2023 und 2024 wuchs das reale Bruttoinlandsprodukt 2025 lediglich um 0,2 Prozent; auch die Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigen nahm nur um 0,2 Prozent zu. Gleichzeitig blieben Ausrüstungs- und Bauinvestitionen schwach (Statistisches Bundesamt 2026a). Die Außenhandelsdaten markieren den veränderten Weltmarkt: 2025 sanken die deutschen Exporte nach China um 9,7 Prozent und in die USA um 9,4 Prozent; bei Kraftwagen und Kraftwagenteilen gingen die Exporte in die USA um 17,8 Prozent zurück. Der Warenexportüberschuss blieb mit 200,5 Milliarden Euro hoch, lag aber 42,4 Milliarden Euro unter dem Vorjahreswert (Statistisches Bundesamt 2026b).

Die Krise ist deshalb organisch, weil mehrere Ebenen gleichzeitig betroffen sind: Akkumulation und Produktivität, Energie- und Industriestrukturen, öffentliche Infrastruktur, Sozialversicherung, politische Repräsentation und gesellschaftliche Zustimmung. Die alten Antworten – Kostensenkung, Lohnmoderation, Exportsteigerung und Begrenzung öffentlicher Ausgaben – können unter Bedingungen geoökonomischer Blockbildung, chinesischer Industrieoffensive, US-amerikanischer Protektionstendenzen und ökologischer Transformation nicht einfach wiederholt werden. Zugleich ist noch offen, ob sich ein neuer Block um öffentliche Investitionen, industrielle Transformation und sozialen Ausgleich oder um verschärfte Standortkonkurrenz, Sozialabbau und stärkere Belastung der Lohnabhängigen formiert.

2. Offensive des Kapitals und Verschiebung der Krisenkosten

In einer solchen Übergangsphase verschärft sich der Konflikt um die Verteilung der Krisenkosten. Unternehmensverbände und wirtschaftsliberale Akteure argumentieren mit Arbeitskosten, Sozialabgaben, Regulierung und internationaler Wettbewerbsfähigkeit. Aus gewerkschaftlicher Sicht besteht die Gefahr, dass die strukturelle Krise des Wirtschaftsmodells in eine Kostenkrise der Arbeit umdefiniert wird. Dann erscheinen Löhne, Sozialversicherungsbeiträge, Rentenansprüche, Kranken- und Pflegeleistungen oder Grundsicherung als zentrale Anpassungsvariablen, während Eigentums-, Gewinn- und Vermögensverteilung weniger stark problematisiert werden.

Die Reallohnentwicklung zeigt, dass die Lohnabhängigen bereits erhebliche Anpassungslasten getragen haben. 2022 fielen die Reallöhne um 4,1 Prozent. Nach nur 0,2 Prozent Zuwachs 2023 stiegen sie 2024 um 2,9 und 2025 um 1,9 Prozent. Der Reallohnindex erreichte 2025 mit 100,0 erst annähernd wieder das Niveau von 2019 (100,5) (Statistisches Bundesamt 2026c). Die nominalen Tarif- und Lohnsteigerungen der letzten Jahre waren damit zu einem erheblichen Teil Wiedergewinn verlorener Kaufkraft und nicht Ausdruck eines dauerhaften Verteilungsvorsprungs der Beschäftigten.

Butterwegges Kritik ist für diese Situation analytisch relevant. Er versteht Sozialstaatsabbau nicht bloß als Kürzung einzelner Leistungen, sondern als Veränderung der gesellschaftlichen Verteilungslogik: Risiken, die kollektiv abgesichert waren, werden stärker individualisiert; soziale Rechte werden an strengere Verhaltensanforderungen gebunden; und öffentliche Debatten verschieben sich von sozialer Ungleichheit auf angebliche Fehlanreize oder

Missbrauch (Butterwegge 2018). Ulrich Schneider hat diese Verschiebung in seinen Arbeiten zur Armut wiederholt mit dem Hinweis verbunden, dass wachsende Erwerbstätigkeit Armut nicht automatisch beseitigt und dass die Debatte über Bedürftige häufig von der Entwicklung hoher Einkommen und Vermögen ablenkt (Schneider 2015).

Diese Diagnose wird durch Butterwegges neuere Arbeiten zugespitzt. In „Umverteilung des Reichtums“ (2024) verbindet er die wachsende Konzentration von Einkommen und Vermögen mit der Deregulierung des Arbeitsmarktes, dem Umbau des Sozialstaates und einer Steuerpolitik, die hohe Vermögen und Einkommen vergleichsweise schont. Seine 2024 erschienene Studie „Deutschland im Krisenmodus“ interpretiert Pandemie, Krieg und Inflation nicht als sozial neutrale Schocks, sondern als Krisen, deren Folgen durch bestehende Klassen- und Verteilungsstrukturen ungleicher werden. In einem Beitrag von 2025 über die Lebenslagen in Deutschland hält Butterwegge deshalb an Armut, Reichtum und sozialer Ungleichheit als zentralen Kategorien der Sozialstaatsanalyse fest (Butterwegge 2024a; 2024b; 2025). Für die hier vertretene These bedeutet das: Eine Politik, die in der Krise vor allem Leistungen konditioniert, Erwerbsdruck erhöht und Sozialversicherungsansprüche begrenzt, ist nicht bloß Konsolidierung, sondern Teil einer Verteilungsauseinandersetzung um die Kosten der Transformation.

3. Die sogenannten Sozialreformen der Bundesregierung als Konfliktfeld

Die Bundesregierung bezeichnet ihre Agenda als Modernisierung, Vereinfachung und langfristige Stabilisierung des Sozialstaates. Diese Selbstbeschreibung sollte analytisch nicht übernommen, sondern an den konkreten Verteilungswirkungen der Maßnahmen geprüft werden. Zwar können Digitalisierung, weniger Bürokratie und die Zusammenführung von Leistungen den Zugang zu sozialen Rechten verbessern. Der politische Kern der gegenwärtigen Reformagenda liegt jedoch nicht nur in Verwaltungsmodernisierung. Parallel werden Leistungsbeziehende stärker unter Arbeitsmarkt- und Verhaltensdruck gesetzt, individuelle Risiken stärker den Betroffenen zugerechnet und die Frage der Finanzierbarkeit der Sozialversicherungen zunehmend über Leistungsbegrenzungen, längere Erwerbszeiten und kapitalgedeckte Vorsorge beantwortet. Aus der Perspektive Butterwegges lässt sich darin eine Fortsetzung jenes Umbaus vom versorgenden und statusichernden Sozialstaat zum stärker aktivierenden, konditionierenden und disziplinierenden Sozialstaat erkennen (Butterwegge 2018; 2024a; 2024b). Die Bezeichnung „Sozialreform“ ist deshalb selbst Teil des politischen Deutungskampfes: Reform bedeutet nicht notwendig sozialen Fortschritt.

Besonders deutlich wird dies bei der seit 1. Juli 2026 geltenden neuen Grundsicherung. Der Vermittlungsvorrang wurde gestärkt, Mitwirkungspflichten wurden verbindlicher gefasst, Sanktionen verschärft, die bisher gestaffelte Minderung bei Pflichtverletzungen abgeschafft, das Schlichtungsverfahren beseitigt, die Karenzzeit beim Vermögen gestrichen und die Übernahme hoher Wohnkosten bereits während der Karenzzeit begrenzt (Bundesregierung 2026a; BMAS 2026a). Die Bundesregierung beschreibt dies als neue Balance von Solidarität und Eigenverantwortung. Aus gewerkschaftlicher Perspektive verschiebt die Reform jedoch das Kräfteverhältnis auf dem Arbeitsmarkt: Je größer der materielle Druck ist, auch ungünstige oder schlechter entlohnte Beschäftigung rasch anzunehmen, desto schwächer wird die Möglichkeit von Arbeitslosen, schlechte Arbeitsbedingungen und Niedriglöhne zurückzuweisen. Grundsicherung ist damit nicht nur Armenpolitik, sondern beeinflusst den Reservationslohn und mittelbar die Verhandlungsmacht aller Lohnabhängigen. Der wieder stärkere Vermittlungsvorrang kann zudem längerfristige Qualifizierung gegenüber schneller Arbeitsaufnahme zurückdrängen, obwohl gerade der Strukturwandel neue Qualifikationen verlangt. Dass Weiterbildung in begründeten Fällen weiterhin möglich bleibt, ändert an dieser grundsätzlichen Verschiebung nichts (Bundesagentur für Arbeit 2026).

Auch die Rentenpolitik enthält aus Sicht der Lohnabhängigen eine problematische Verteilungsverschiebung. Positiv ist, dass das Rentenniveau zunächst bei 48 Prozent stabilisiert und einzelne Schutzmechanismen ausgebaut wurden. Zugleich empfiehlt die Alterssicherungskommission 2026 jedoch, die Regelaltersgrenze künftig an die steigende Lebenserwartung zu koppeln; nach heutiger Projektion würde sie ungefähr alle zehn Jahre um ein halbes Jahr steigen. Zusätzlich soll eine verpflichtende Kapitalrente aufgebaut werden (BMAS 2026b; Bundesregierung 2026b). Eine pauschale Erhöhung des Renteneintrittsalters ist sozial ungleich, weil Lebenserwartung, Gesundheit und die reale Möglichkeit längerer Erwerbstätigkeit stark nach Einkommen, Beruf und Arbeitsbelastung differieren. Für körperlich belastete Beschäftigte kann eine höhere Regelaltersgrenze faktisch auf längere Arbeit, frühere Verrentung mit Abschlägen oder Erwerbsminderung hinauslaufen. Die stärkere Kapitaldeckung verschiebt zudem einen Teil der Alterssicherung von solidarisch definierten Ansprüchen auf Finanzmarkterträge. Aus gewerkschaftlicher Sicht ist daher nicht allein die „Finanzierbarkeit“ der Rente zu fragen, sondern wer ihre Finanzierung trägt und welche Einkommensarten in die solidarische Finanzierung einbezogen werden.

Eine ähnliche Logik droht in Kranken- und Pflegeversicherung. Wenn steigende Ausgaben vor allem über höhere Beiträge auf Arbeitseinkommen, Eigenbeteiligungen, Leistungseinschränkungen oder private Zusatzvorsorge beantwortet werden, werden die Krisenkosten überproportional auf Lohnabhängige und Rentner verlagert. Die

politische Alternative bestünde darin, die Einnahmebasis zu verbreitern und hohe Einkommen sowie weitere Einkommensarten stärker einzubeziehen. Urbans Kritik zielt genau auf diese Verteilungsfrage: Sozialversicherungen sind keine von der Ökonomie getrennten „Lohnnebenkosten“, sondern Bestandteil des gesellschaftlichen Lohns. Ihre Kürzung kann daher funktional einer indirekten Lohnsenkung entsprechen. Die IG Metall hat die gegenwärtige Auseinandersetzung 2026 ausdrücklich als Konflikt um drohenden Sozialabbau bezeichnet und eine stärkere solidarische Finanzierung gefordert (IG Metall 2026c).

4. Soziallohn: Warum Sozialpolitik Kern gewerkschaftlicher Interessenpolitik ist

Für Gewerkschaften darf der Lebensstandard der Lohnabhängigen nicht auf den Nettolohn reduziert werden. Zum Reproduktionsniveau gehört der Soziallohn: Rentenansprüche, Gesundheitsversorgung, Pflege, Arbeitslosenversicherung, Bildung, Kinderbetreuung, Wohnen und öffentliche Mobilität. Wird ein Teil dieser Leistungen gekürzt, verteuert oder privatisiert, kann der reale Lebensstandard sinken, obwohl der Tariflohn steigt. Hans-Jürgen Urban formuliert deshalb für die Gewerkschaften einen erweiterten sozialpolitischen Auftrag: Beschäftigte sind nicht nur Arbeitnehmer im Betrieb, sondern zugleich Versicherte, Eltern, Pflegeangehörige und spätere Rentner. Tarif- und Sozialpolitik lassen sich unter diesen Bedingungen nicht dauerhaft trennen (IG Metall 2026a).

Der kommunale Investitionsrückstand verdeutlicht die materielle Dimension dieses Soziallohns. Im KfW-Kommunalpanel 2025 bezifferten die Kommunen ihren wahrgenommenen Investitionsrückstand auf 215,7 Milliarden Euro; 67,8 Milliarden entfielen auf Schulen und 53,4 Milliarden auf Straßen- und Verkehrsinfrastruktur. Den Rückständen standen für 2025 geplante kommunale Investitionen von 48 Milliarden Euro gegenüber (KfW Research 2025). Öffentliche Infrastruktur ist damit nicht bloß eine staatliche Nebenleistung, sondern Bestandteil der materiellen Reproduktion der Arbeitskraft und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit.

Für die Gewerkschaften folgt daraus: Eine Politik, die Lohnsteigerungen gegen Sozialversicherungsleistungen, Industriearbeitsplätze gegen öffentliche Dienstleistungen oder Beitragsstabilität gegen Leistungsniveau ausspielt, fragmentiert die Interessen der Lohnabhängigen. Gewerkschaftliche Gegenmacht muss diese künstlichen Gegensätze zurückweisen und die gemeinsame Verteilungsfrage sichtbar machen: Wer trägt die Kosten von Transformation, Alterung, Infrastruktur und Krisenbewältigung?

5. Alle DGB-Gewerkschaften stehen vor derselben strategischen Grundfrage

Der Fokus darf deshalb nicht auf ver.di verengt werden. Die acht DGB-Gewerkschaften repräsentieren unterschiedliche Segmente der modernen Lohnarbeit und hatten Ende 2025 zusammen rund 5,43 Millionen Mitglieder. IG Metall und ver.di stellen die größten Organisationen, daneben organisieren IG BCE, GEW, IG BAU, EVG, NGG und GdP Beschäftigte in sehr unterschiedlichen Branchen und Statuslagen (DGB 2026). Gerade diese Verschiedenheit macht den DGB potentiell zu einem Ort, an dem die fragmentierte Struktur der Lohnabhängigen politisch zusammengeführt werden kann.

Die IG Metall und die IG BCE stehen unmittelbar im Zentrum der industriellen Transformation: Automobilindustrie, Maschinenbau, Stahl, Chemie und energieintensive Produktion sind von Weltmarktkonkurrenz, Dekarbonisierung, Digitalisierung und Standortentscheidungen betroffen. Die EVG verbindet Beschäftigungsinteressen mit der Frage öffentlicher Verkehrsinfrastruktur. IG BAU und NGG organisieren Branchen mit starkem Kosten-, Migrations- und Niedriglohndruck. GEW und GdP stehen für staatlich finanzierte Bildung und öffentliche Sicherheit. ver.di bündelt große Teile privater und öffentlicher Dienstleistungen. Die Einzelinteressen unterscheiden sich; die gemeinsame Lage besteht aber darin, dass Beschäftigung, Lohn, Arbeitszeit und Sozialschutz unter dem Druck der Krisenbearbeitung neu verteilt werden.

Klaus Dörres jüngere Transformationsforschung schärft diesen Konflikt. Seine empirischen Arbeiten zur Automobilindustrie zeigen, dass ökologische Transformation und Klassenkonflikt nicht getrennt behandelt werden können: Beschäftigte bewerten Dekarbonisierung nicht abstrakt, sondern im Zusammenhang mit Arbeitsplatzsicherheit, betrieblichen Investitionen, regionalen Zukunftsperspektiven und der Frage, wer über den Umbau entscheidet. Dörre, Liebig, Lucht und Sittel zeigen für die Autoindustrie, dass Transformationsbereitschaft dort erodiert, wo Beschäftigte ökologische Politik als Bedrohung ihrer sozialen Sicherheit oder als von oben verfügbaren Umbau ohne eigene Einflussmöglichkeiten erfahren (Dörre u. a. 2024). Dörres neuere Diagnose eines „Backlash“ und einer blockierten Transformation betont deshalb, dass Gewerkschaften weder einen bloßen Standortkorporatismus noch eine sozial blinde ökologische Modernisierung akzeptieren können (Dörre 2025a; 2025b).

Die institutionelle Ausgangslage ist ambivalent. 2024 arbeiteten nur 49 Prozent der Beschäftigten in einem tarifgebundenen Betrieb; 51 Prozent waren nicht tarifgebunden. Die Unterschiede zwischen Branchen sind erheblich: In der öffentlichen Verwaltung lag die Tarifbindung bei 100 Prozent, in Erziehung und Unterricht bei 80 Prozent und in Finanz- und Versicherungsdienstleistungen bei 72 Prozent (Statistisches Bundesamt 2025). Die Bundesregierung meldet für 2025 insgesamt weiterhin eine Tarifbindung von knapp der Hälfte der Beschäftigten.

Damit bleibt gewerkschaftliche Organisations- und Tariftmacht gesellschaftlich relevant, reicht aber nicht mehr flächendeckend in die Arbeitswelt hinein.

Gleichzeitig bestehen 2025 nach der Engpassanalyse der Bundesagentur für Arbeit 157 Engpassberufe, besonders in Pflege und Medizin, Bau und Handwerk, Berufskraftverkehr sowie Erziehung (Bundesagentur für Arbeit 2025a). Solche Engpässe können Verhandlungsmacht erzeugen, aber sie verteilen sich ungleich. Gewerkschaftliche Strategie kann daher nicht auf einen allgemeinen Arbeitskräftemangel setzen. Sie muss Organisationsmacht dort aufbauen, wo Marktposition allein keine ausreichende Durchsetzungskraft schafft.

6. Innere Klasseneinheit statt sektoraler Standortkonkurrenz

Die zentrale Gefahr der organischen Krise liegt darin, dass die unterschiedlichen Gruppen der Lohnabhängigen gegeneinander mobilisiert werden. Industriebeschäftigte können gegen vermeintlich zu hohe Sozialausgaben, Beitragszahler gegen Leistungsbeziehende, Jüngere gegen Rentner, privat Beschäftigte gegen den öffentlichen Dienst und Stammbesitzungen gegen Migranten oder prekär Beschäftigte gestellt werden. Eine solche Fragmentierung schwächt die Fähigkeit der Gewerkschaften, die Verteilung der Krisenkosten insgesamt zu beeinflussen.

Frank Deppe hat die Einheit der Arbeiterklasse nicht als vorgegebene soziale Homogenität verstanden. Spaltung ist vielmehr ein Normalzustand kapitalistischer Gesellschaften; Einheit muss politisch und organisatorisch hergestellt werden (Deppe 1981/82). Unter heutigen Bedingungen bedeutet „innere Klasseneinheit“ daher nicht, Unterschiede zwischen Facharbeitern, Pflegekräften, Lehrkräften, Lokführern, Verkäuferinnen, Polizeibeschäftigten, Bauarbeitern oder Ingenieuren zu leugnen. Sie bedeutet, ihre unterschiedlichen unmittelbaren Interessen in gemeinsame Projekte zu übersetzen.

Dieter Sauer und Richard Detje liefern dafür eine neuere empirische Ergänzung. In „Solidarität in den Krisen der Arbeitswelt“ (2023) untersuchen sie Fälle aus Einzelhandel, Logistik, Kliniken, Automobilzulieferung und IT-Unternehmen. Auf der Grundlage von Interviews, Gruppendiskussionen und Befragungen zeigen sie, dass Konkurrenz, Fragmentierung, Leistungsdruck, mobile Arbeit und individualisierte Beschäftigungsformen Solidarität erschweren, kollektive Handlungsfähigkeit aber dennoch praktisch entstehen kann: etwa im Kampf um gleichen Lohn, gegen Betriebsschließungen, für Betriebsratsrechte oder gegen Arbeitsverdichtung. Solidarität erscheint damit nicht als vorhandene Eigenschaft einer homogenen Klasse, sondern als Lern-, Aneignungs- und Konfliktprozess (Detje/Sauer 2023). Das stützt Deppes Begriff der herzustellenden Klasseneinheit empirisch und macht ihn für die heutige, stark differenzierte Arbeitswelt anschlussfähig.

Hans-Jürgen Urban, der fast zwei Jahrzehnte dem geschäftsführenden Vorstand der IG Metall angehörte und bis Ende Juni 2026 für die Sozialpolitik der Gewerkschaft verantwortlich war, liefert für diese strategische Frage einen wichtigen Ansatz. Mit dem Begriff des „konstruktiven Vetospielers“ verbindet er zwei Aufgaben: Gewerkschaften müssen problemverschärfende Modernisierungs- und Verteilungsstrategien blockieren können und zugleich eigene Reformprojekte entwickeln. In seinen jüngeren Stellungnahmen verschärft Urban diese Perspektive angesichts der Krise des deutschen Wirtschaftsmodells. Gewerkschaftliche Politik dürfe sich nicht auf Tarifabschlüsse verengen, weil Lohnabhängige zugleich Versicherte, Patienten, Eltern, Pflegeangehörige und künftige Rentner sind. Sozialpolitik und Tarifpolitik bilden deshalb zwei Seiten derselben Interessenvertretung (Urban 2010; IG Metall 2026a).

Für die aktuelle Sozialstaatsauseinandersetzung formuliert Urban eine Gegenposition zur Kürzungslogik besonders deutlich. Beim Sozialstaatskongress der IG Metall 2025 gaben 89 Prozent der befragten IG-Metall-Mitglieder an, große Probleme beim deutschen Sozialstaat zu sehen; nur 51 Prozent waren mit ihrer persönlichen sozialen Absicherung zufrieden. Urban fordert deshalb keine Verteidigung des unveränderten Status quo, sondern eine solidarische Weiterentwicklung: Erwerbstätigenversicherung in der Alterssicherung, Bürgerversicherung im Gesundheitswesen, verlässliche paritätische Finanzierung sowie eine stärkere Beteiligung hoher Einkommen und großer Vermögen. 2026 verband er dies ausdrücklich mit der Warnung, Sozialabbau in einer Phase wirtschaftlicher Unsicherheit verstärke Zukunftsängste und gefährde gesellschaftliche Stabilität (IG Metall 2025; 2026b).

7. Eine gewerkschaftliche Gegenoffensive

Eine gemeinsame DGB-Strategie müsste erstens die Verschiebung der Krisenkosten auf Lohnabhängige zurückweisen. Sozialversicherungen und öffentliche Leistungen sind keine externen Kosten des Wirtschaftens, sondern Voraussetzungen gesellschaftlicher Reproduktion. Zweitens müsste sie die Tarifbindung ausweiten. Wo Tarifverträge fehlen, wird die Konkurrenz zwischen Beschäftigten und Betrieben leichter über Lohn- und Arbeitsbedingungen ausgetragen. Tariftreue, Allgemeinverbindlicherklärungen, erleichterte Organisation und wirksame Mitbestimmung sind deshalb Elemente einer gesamtwirtschaftlichen Strategie.

Aus Dörres und Sauers Arbeiten folgt zugleich eine machtpolitische Präzisierung: Gegenmacht entsteht nicht allein durch programmatische Forderungen. Sie benötigt betriebliche Organisationsmacht, Erfahrungen kollektiver Wirksamkeit und eine Verbindung von Produktions- und Reproduktionsinteressen. Dörre verweist darauf, dass

Beschäftigte über praktisches Wissen verfügen, das für den Umbau von Produktionssystemen unverzichtbar ist; Sauer und Detje zeigen, dass solidarisches Handeln gerade in konkreten Konflikten erlernt wird. Eine gewerkschaftliche Transformationsstrategie müsste daher Beschäftigte nicht nur gegen Folgen des Umbaus schützen, sondern ihnen reale Mitentscheidung über Investitionen, Technik, Arbeitsorganisation, Qualifizierung und Standortentwicklung eröffnen (Dörre u. a. 2024; Detje/Sauer 2023).

Drittens braucht es eine Investitions- und Transformationspolitik, die industrielle Erneuerung und soziale Infrastruktur nicht gegeneinander ausspielt. Die Interessen von IG Metall und IG BCE an industriellen Investitionen, von EVG an Schieneninfrastruktur, von GEW an Bildung, von ver.di an Gesundheit und Verwaltung, von IG BAU an Wohnungs- und Infrastrukturinvestitionen sowie von NGG an stabiler Binnennachfrage lassen sich in einem öffentlichen Investitionsprojekt verbinden. Das Sondervermögen für Infrastruktur erweitert hierfür zwar den finanzpolitischen Spielraum, ersetzt aber keine dauerhafte Einnahmebasis und keine Verteilungsentscheidung.

Viertens muss die Finanzierung des Sozialstaates breiter diskutiert werden. Butterwegge – in seinen neueren Arbeiten ausdrücklich auch unter den Bedingungen von Pandemie, Inflation und „Zeitenwende“ – und Schneider richten den Blick auf die Verteilung von Einkommen und Vermögen: Wenn Sozialpolitik vor allem als Ausgabenproblem behandelt wird, bleibt die Einnahmeseite unterbelichtet. Urban konkretisiert diese Kritik aus gewerkschaftlicher Perspektive. Er wendet sich gegen Leistungskürzungen als vermeintlich alternativlose Antwort auf den Finanzdruck der Sozialversicherungen und schlägt stattdessen eine Verbreiterung der solidarischen Finanzierungsbasis vor: alle Erwerbstätigen in die Alterssicherung, eine Bürgerversicherung im Gesundheitswesen, paritätische Beiträge sowie eine stärkere Heranziehung hoher Einkommen, Vermögen und Erbschaften. Damit treffen sich Butterwegges Analyse des sozialstaatlichen Umbaus, Schneiders Verteilungskritik und Urbans gewerkschaftliche Reformperspektive in einem zentralen Punkt: Die Finanzierungsfrage ist selbst eine Verteilungs- und Machtfrage (Butterwegge 2018; 2024a; 2024b; 2025; Schneider 2015; IG Metall 2026a; 2026b).

Fünftens müssen Gewerkschaften den politischen Kampf um Deutungsmacht führen. Begriffe wie „Eigenverantwortung“, „Arbeitsanreiz“, „Generationengerechtigkeit“ oder „Bezahlbarkeit“ sind nicht neutral; sie strukturieren, welche Lösungen plausibel erscheinen. Gewerkschaften benötigen demgegenüber eine eigene Erzählung: Produktivität, Wohlstand und gesellschaftliche Stabilität beruhen auf qualifizierter Arbeit, sozialer Sicherheit, öffentlicher Infrastruktur und demokratischer Beteiligung. Ein leistungsfähiger Sozialstaat ist aus dieser Perspektive nicht Gegner wirtschaftlicher Dynamik, sondern eine ihrer institutionellen Voraussetzungen.

8. Fazit: Gewerkschaften als organisierende Kraft eines neuen historischen Blocks

Die Krise des deutschen Wirtschafts- und Sozialmodells eröffnet keine automatisch progressive Entwicklung. Eine organische Krise kann ebenso in autoritäre, nationalistische und sozialregressive Lösungen münden wie in einen neuen sozialen Kompromiss. Gerade deshalb kommt den DGB-Gewerkschaften eine strategische Funktion zu. Sie verfügen trotz gesunkener Tarifbindung über Millionen Mitglieder, betriebliche Verankerung, institutionelle Rechte und gesellschaftliche Legitimität. Ihre Stärke liegt nicht in der Homogenität ihrer Mitgliedschaft, sondern in der Möglichkeit, unterschiedliche Gruppen der Lohnabhängigen organisatorisch miteinander zu verbinden.

Dörres jüngste Arbeiten zur blockierten sozial-ökologischen Transformation verstärken diese Warnung. Wo Transformationspolitik Beschäftigungssicherheit und materielle Alltagsinteressen nicht glaubwürdig einbezieht, können ökologische Modernisierung, Deindustrialisierungssängste und soziale Abstiegsrisiken gegeneinander ausgespielt und von der politischen Rechten mobilisiert werden. Gewerkschaftliche Politik erhält damit ein eigenständiges politisches Mandat: Sie muss soziale Sicherheit und ökologische Transformation so verbinden, dass die Lohnabhängigen nicht Objekt, sondern handelndes Subjekt des Umbaus werden (Dörre 2025a; 2025b).

Die gegenwärtigen sogenannten Sozialreformen sind daher nicht als neutrale technische Modernisierung zu behandeln. Wo Verfahren tatsächlich vereinfacht und Zugänge verbessert werden, sind solche Elemente sinnvoll. Die zentralen materiellen Eingriffe – verschärfte Sanktionen und Vermittlungsdruck in der Grundsicherung, geringerer Vermögensschutz, Begrenzungen bei Wohnkosten, die Perspektive einer höheren Regelaltersgrenze und eine stärkere Orientierung auf kapitalgedeckte Altersvorsorge – verschieben Risiken und Anpassungslasten tendenziell auf die Lohnabhängigen. In der organischen Krise des exportorientierten historischen Blocks lässt sich dies als Verteilungsstrategie interpretieren, die Wettbewerbs- und Finanzierungsprobleme stärker über Arbeitszwang, längere Erwerbszeiten und begrenzte soziale Ansprüche als über eine breitere Finanzierungsbasis bearbeitet. Entscheidend ist deshalb nicht, ob reformiert wird, sondern in wessen Interesse, mit welcher Lastenverteilung und mit welchen Folgen für die Machtposition der Lohnabhängigen (Butterwegge 2018; 2024a; 2024b; 2025; Schneider 2015; IG Metall 2026a; 2026b).

Die strategische Perspektive lautet damit: Tarifpolitik, Sozialpolitik, Industriepolitik und Infrastrukturpolitik müssen als Bestandteile einer gemeinsamen Klassen- und Gesellschaftspolitik der Lohnabhängigen begriffen werden. Hier ist Urbans Idee der „Mosaiklinken“ anschlussfähig: unterschiedliche Gewerkschaften, soziale Verbände und politische Akteure müssen ihre Eigenständigkeit nicht aufgeben, können aber um gemeinsame Projekte – soziale Sicherheit, gute Arbeit, demokratische Transformation und eine solidarische Finanzierung – einen neuen

gesellschaftlichen Block bilden. Eine gewerkschaftliche Gegenoffensive wäre damit nicht allein Abwehr. Sie müsste zugleich ein positives Projekt formulieren, das industrielle Transformation, gute Arbeit, einen ausgebauten Sozialstaat und demokratische Gestaltung verbindet (IG Metall 2026a).

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Bundesagentur für Arbeit (2025): Fachkräfteengpassanalyse 2025. Nürnberg;
<https://statistik.arbeitsagentur.de/DE/Statischer-Content/Statistiken/Themen-im-Fokus/Fachkraeftebedarf/Fachkraefteengpassanalyse/Fachkraefteengpassanalyse.html> (8.9.2026).
- Bundesagentur für Arbeit (2026): Reform der Grundsicherung für Arbeitsuchende tritt am 1. Juli 2026 in Kraft. Presseinformation Nr. 20 vom 24.6.; <https://www.arbeitsagentur.de/presse/2026-20-reform-der-grundsicherung-fuer-arbeitsuchende-tritt-am-1-juli-2026-in-kraft> (8.9.2026).
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) (2026a): Umgestaltung der Grundsicherung für Arbeitsuchende: Änderungen treten in Kraft, 1.7.;
<https://www.bmas.de/DE/Service/Presse/Pressemitteilungen/2026/umgestaltung-der-grundsicherung-tritt-in-kraft.html> (8.9.2026).
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) (2026b): Rentenkommission 2026: 33 Empfehlungen zur Rentenreform; <https://www.bmas.de/DE/Soziales/Rente-und-Altersvorsorge/Rentenreform-2025/Rentenkommission-2026/rentenkommission-2026.html> (8.9.2026).
- Bundesregierung (2026a): Neue Grundsicherung löst Bürgergeld ab, 1.7.; <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/neue-grundsicherung-2399562> (8.9.2026).
- Bundesregierung (2026b): Renten- und Gesundheitspolitik der Bundesregierung: So reformieren wir unsere Sozialversicherungen, 12.8.; <https://www.bundesregierung.de/breg-de/schwerpunkte/reformen-fuer-deutschland/gesundheitspolitik-rentenpolitik-2446878> (8.9.2026).
- Butterwegge, Christoph (2018): Krise und Zukunft des Sozialstaates. 6., aktualisierte Auflage. Wiesbaden: Springer VS.
- Butterwegge, Christoph (2024a): Umverteilung des Reichtums. Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- Butterwegge, Christoph (2024b): Deutschland im Krisenmodus. Infektion, Invasion und Inflation als gesellschaftliche Herausforderung. Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- Butterwegge, Christoph (2025): Was wissen wir über die Lebenslagen in Deutschland?, in: Sozial Extra 49, S. 132–136.
- Deppe, Frank (1981/82): Einheit und Spaltung der Arbeiterklasse. Überlegungen zu einer politischen Geschichte der Arbeiterbewegung.
- Detje, Richard/Sauer, Dieter (2023): Solidarität in den Krisen der Arbeitswelt. Aktualität kollektiver Widerstandserfahrungen. Hamburg: VSA.
- Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) (2026): Mitgliederzahlen der DGB-Gewerkschaften 2025; <https://www.dgb.de/der-dgb/geschichte-des-dgb/mitgliederzahlen/> (8.9.2026).
- Dörre, Klaus (2025a): Backlash! Krise, blockierte Transformation und gewerkschaftliche Antworten, in: spw 246/2025, S. 20–28.
- Dörre, Klaus (2025b): Dynamiken und Grenzen industrieller Transformation. Ende der grünen Welle?, in: Arbeit 34 (4), S. 429–455.
- Dörre, Klaus/Liebig, Steffen/Lucht, Kim/Sittel, Johanna (2024): Klasse gegen Klima? Transformationskonflikte in der Autoindustrie, in: Berliner Journal für Soziologie 34.
- Gramsci, Antonio (1991–2002): Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe. Hamburg: Argument.
- IG Metall (2025): Sozialstaat stärken, Zukunft sichern: IG Metall-Kongress fordert soziale Offensive, 17.6.; <https://www.igmetall.de/presse/pressemitteilungen/sozialstaat-staerken-zukunft-sichern-ig-metall-kongress-> (8.9.2026).
- IG Metall (2026a): Ein Arbeitsleben für die Solidarität: Zum Abschied von Hans-Jürgen Urban, 30.6.; <https://www.igmetall.de/ueber-uns/zum-abschied-von-hans-juergen-urban> (8.9.2026).
- IG Metall (2026b): 20 Millionen Stimmen fordern einen gerechten Sozialstaat, 10.3.; <https://www.igmetall.de/presse/pressemitteilungen/20millionen-stimmen-fordern-einen-gerechten-sozialstaat> (8.9.2026).
- IG Metall (2026c): IG Metall München macht mobil gegen Sozialabbau, 10.6.; <https://wap.igmetall.de/muenchen/presse/2026/igm-muenchen-macht-mobil-gegen-sozialabbau0> (8.9.2026).

KfW Research (2025): KfW-Kommunalpanel 2025. Frankfurt am Main;
https://www.kfw.de/Über-die-KfW/Newsroom/Aktuelles/News-Details_855744.html (8.9.2026).

Schneider, Ulrich (2015): Kampf um die Armut. Von echten Nöten und neoliberalen Mythen. Frankfurt am Main: Westend.

Statistisches Bundesamt (2025): Tarifbindung 2024 bei 49 %. Pressemitteilung Nr. 109 vom 21.3.;
https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2025/03/PD25_109_623.html (8.9.2026).

Statistisches Bundesamt (2026a): Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2025 um 0,2 % gewachsen. Pressemitteilung Nr. 017 vom 15.1.; https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2026/01/PD26_017_811.html (8.9.2026).

Statistisches Bundesamt (2026b): China im Jahr 2025 wieder wichtigster Handelspartner Deutschlands. Pressemitteilung Nr. 056 vom 20.2.;
https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2026/02/PD26_056_51.html (8.9.2026).

Statistisches Bundesamt (2026c): Reallohnindex, Nominallohnindex: Deutschland, Jahre. GENESIS-Online, Tabelle 62361-0020; <https://genesis.destatis.de/datenbank/online/statistic/62%2A/table/62361-0020> (8.9.2026).

Urban, Hans-Jürgen (2010): Niedergang oder Comeback der Gewerkschaften?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 13–14/2010.

Autor: Dr. Ernst Wolowicz

Erstellungsdatum: 18.08.2026

KI-Erklärung: KI wurde unterstützend für Recherche, sprachliche Überarbeitung, Konsistenzprüfung und Quellenkontrolle eingesetzt; die inhaltliche Verantwortung liegt beim Autor.